Wirtschaft an der Grenze - Ostbrandenburger Unternehmen missbilligen überwiegend die Ausgestaltung der Sanktionen

Herzlich Willkommen zur Pressekonferenz!

IHK Ostbrandenburg

22.08.2022, Gundolf Schülke

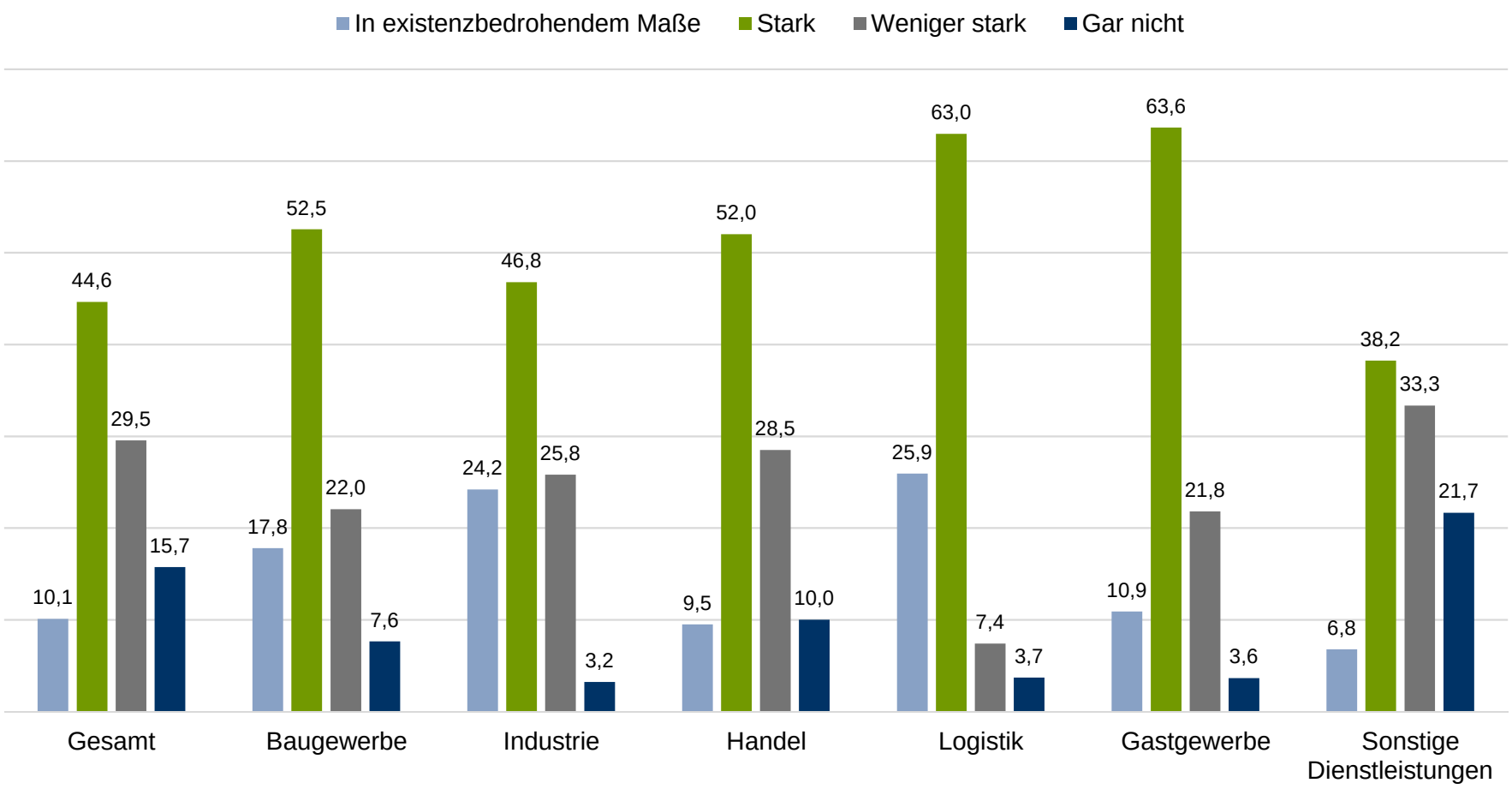
Einleitung und Methodik

- Weitreichende Auswirkungen der EU-Sanktionen auf die gewerbliche Wirtschaft
- Besondere Betroffenheit des IHK-Bezirks Ostbrandenburg
- Wachsender Unmut in den Unternehmen über die aktuelle Sanktionspolitik
- Ermittlung eines umfassenden Meinungsbildes zur Beratung der Politik

- Repräsentative Umfrage unter rund 4.000 Mitgliedsunternehmen
- Knapp 1.100 Antworten (Rücklaufquote von 27,5 Prozent)
- Mehr als 500 Kommentare und Hinweise in den Freitextfeldern

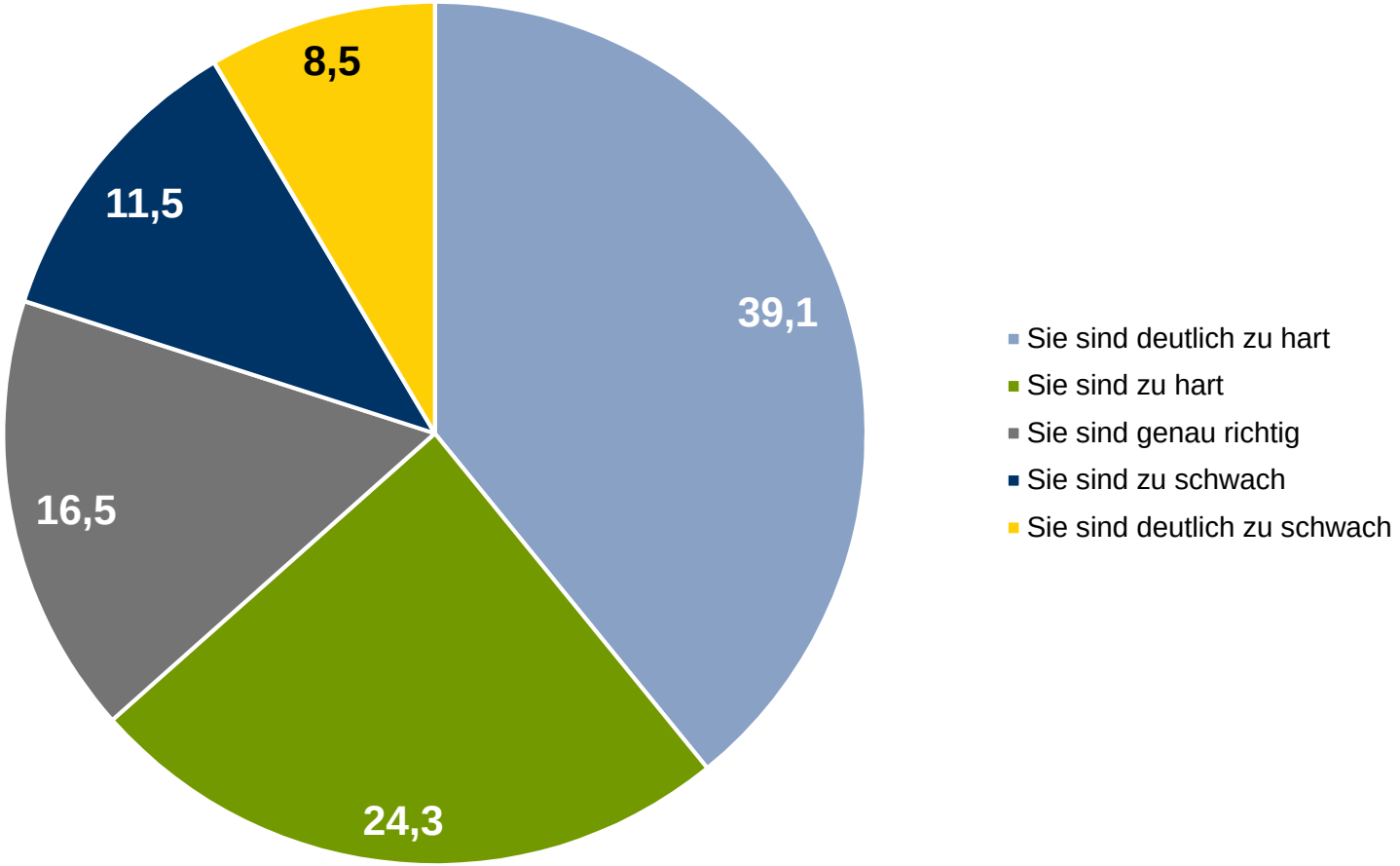
Wie stark ist Ihr Unternehmen direkt und indirekt (bspw. über gestiegene Einkaufs- und Energiepreise sowie gestörte Lieferketten) von den Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland betroffen?

(alle Angaben in Prozent)



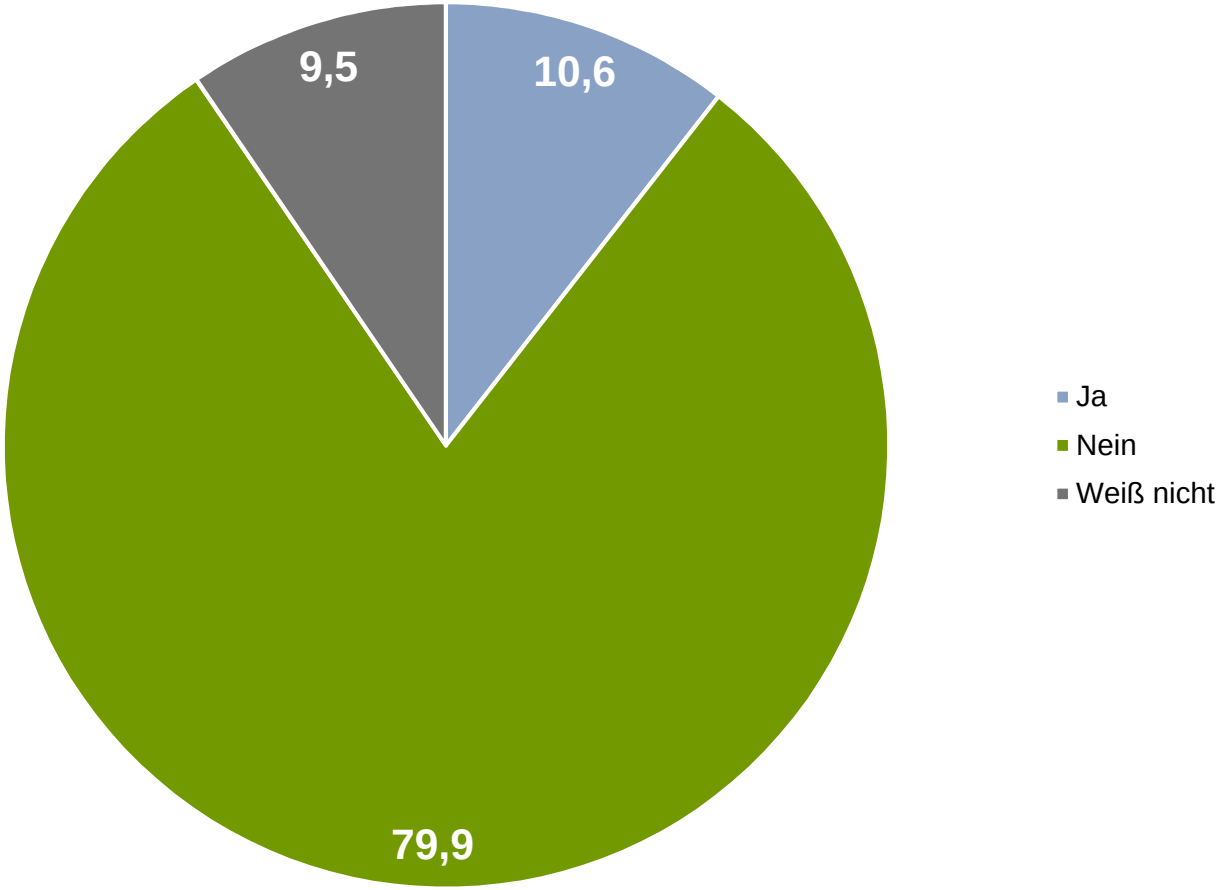
Halten Sie die aktuellen Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland für angemessen?

(alle Angaben in Prozent)



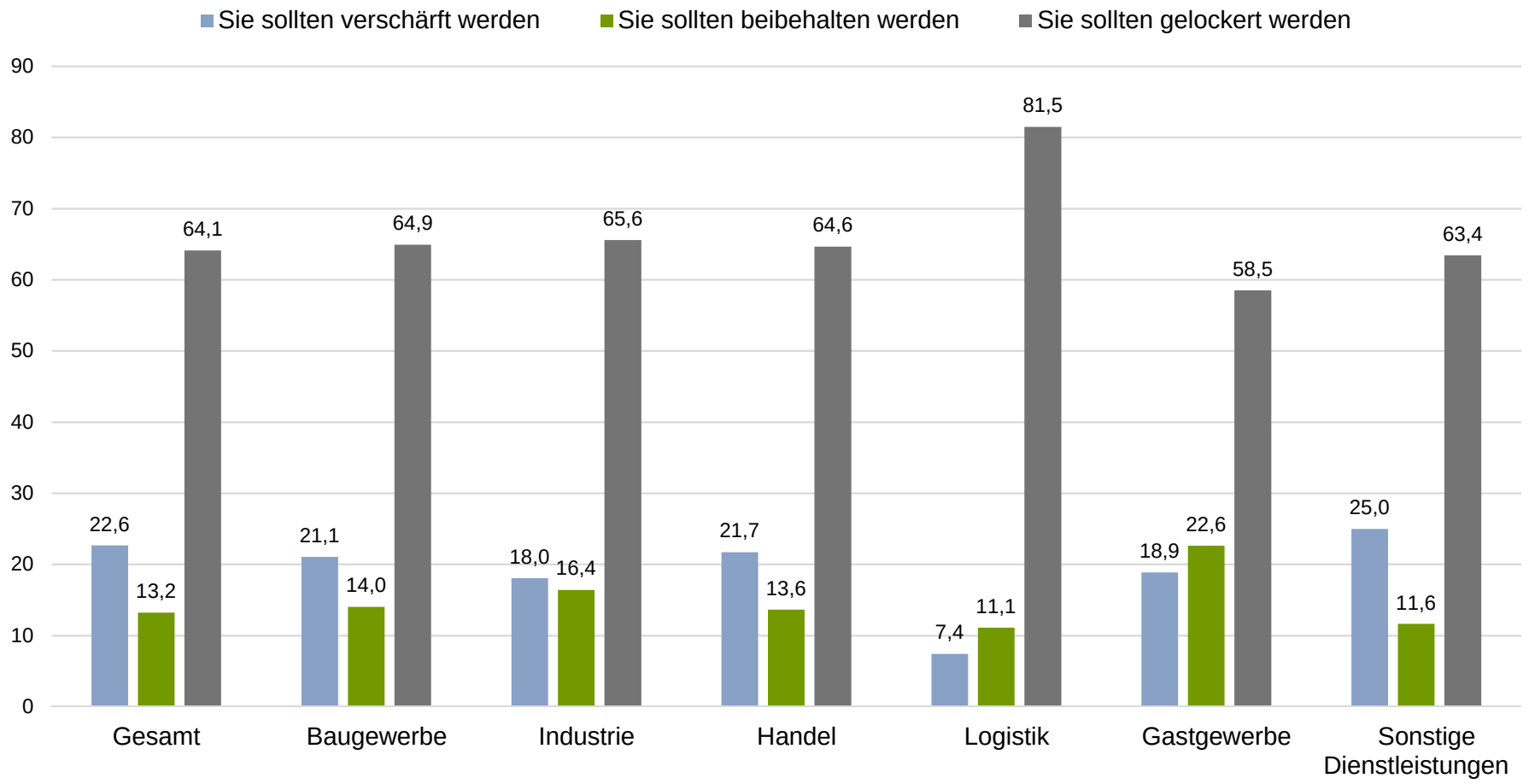
Halten Sie die aktuellen Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland für geeignet, um den Krieg in der Ukraine zu beenden?

(alle Angaben in Prozent)



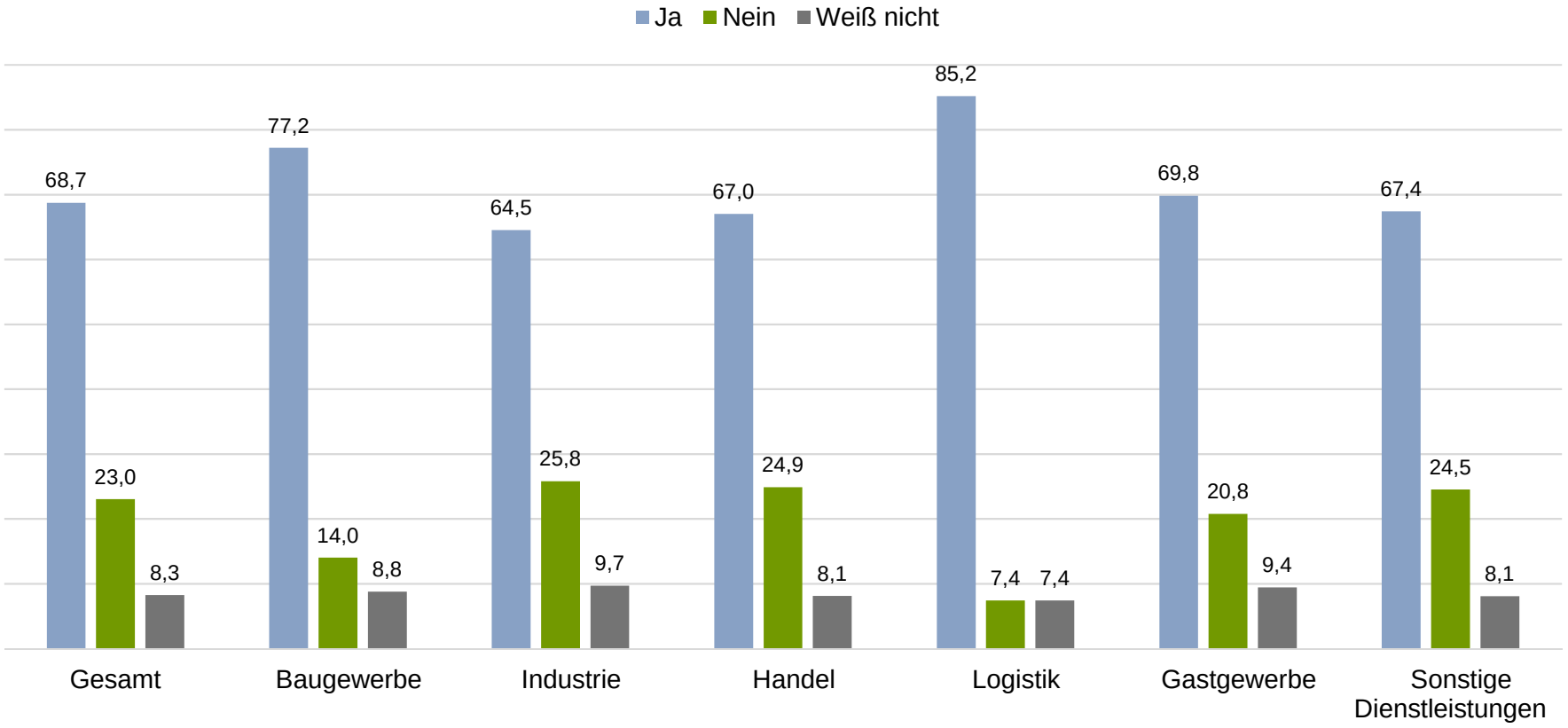
Sollten die aktuellen Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland Ihrer Ansicht nach angepasst werden?

(alle Angaben in Prozent)



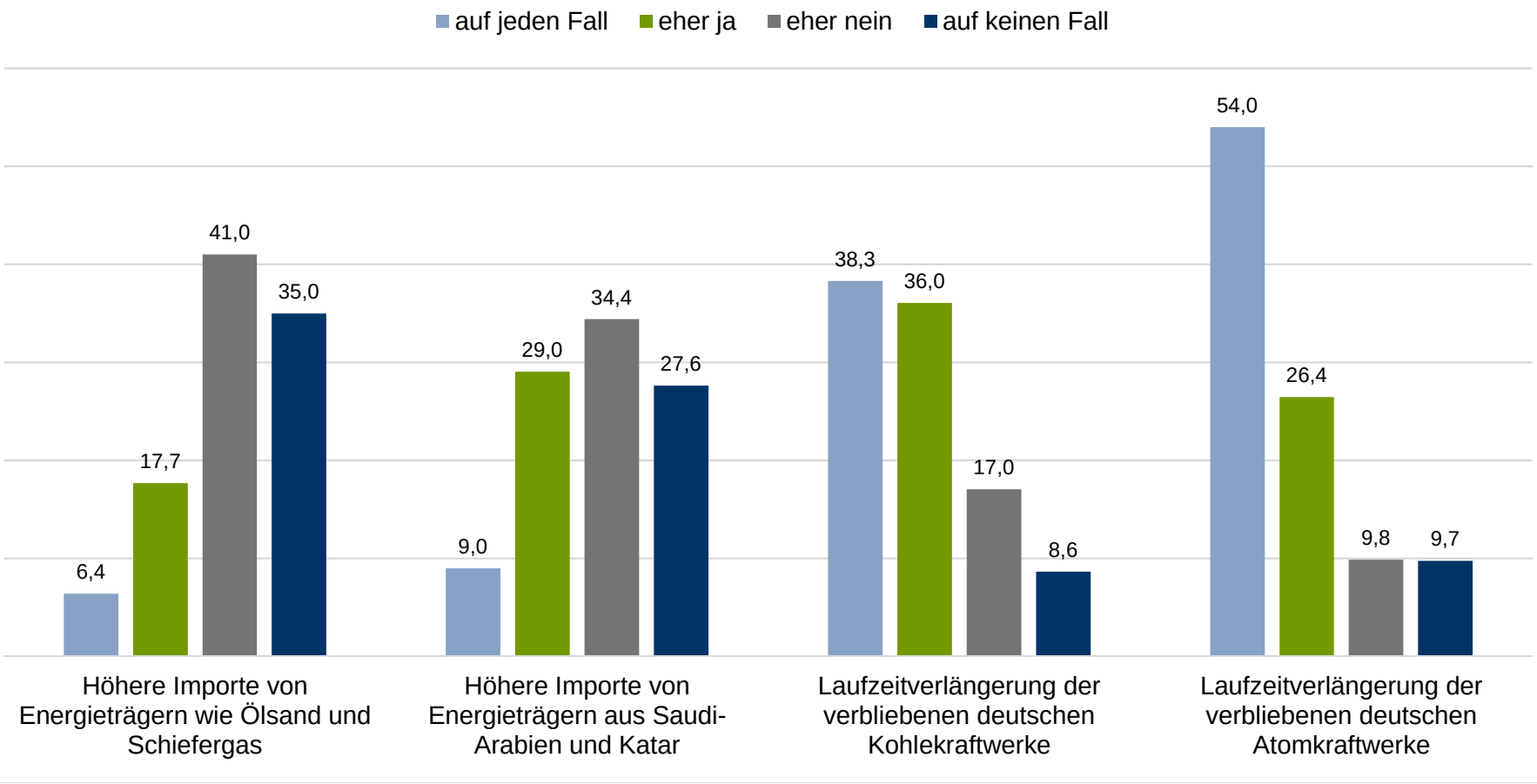
Die EU hat sich vor kurzem darauf geeinigt, dass Öl aus Russland grundsätzlich nicht mehr importiert werden darf. Eine Ausnahme bilden Öllieferungen, die über Fernleitungen wie die Druschba-Pipeline erfolgen. Einige Länder wie Ungarn und Tschechien haben bereits angekündigt, von dieser Ausnahme Gebrauch zu machen. Sollte Deutschland dies Ihrer Meinung nach ebenfalls tun?

(alle Angaben in Prozent)



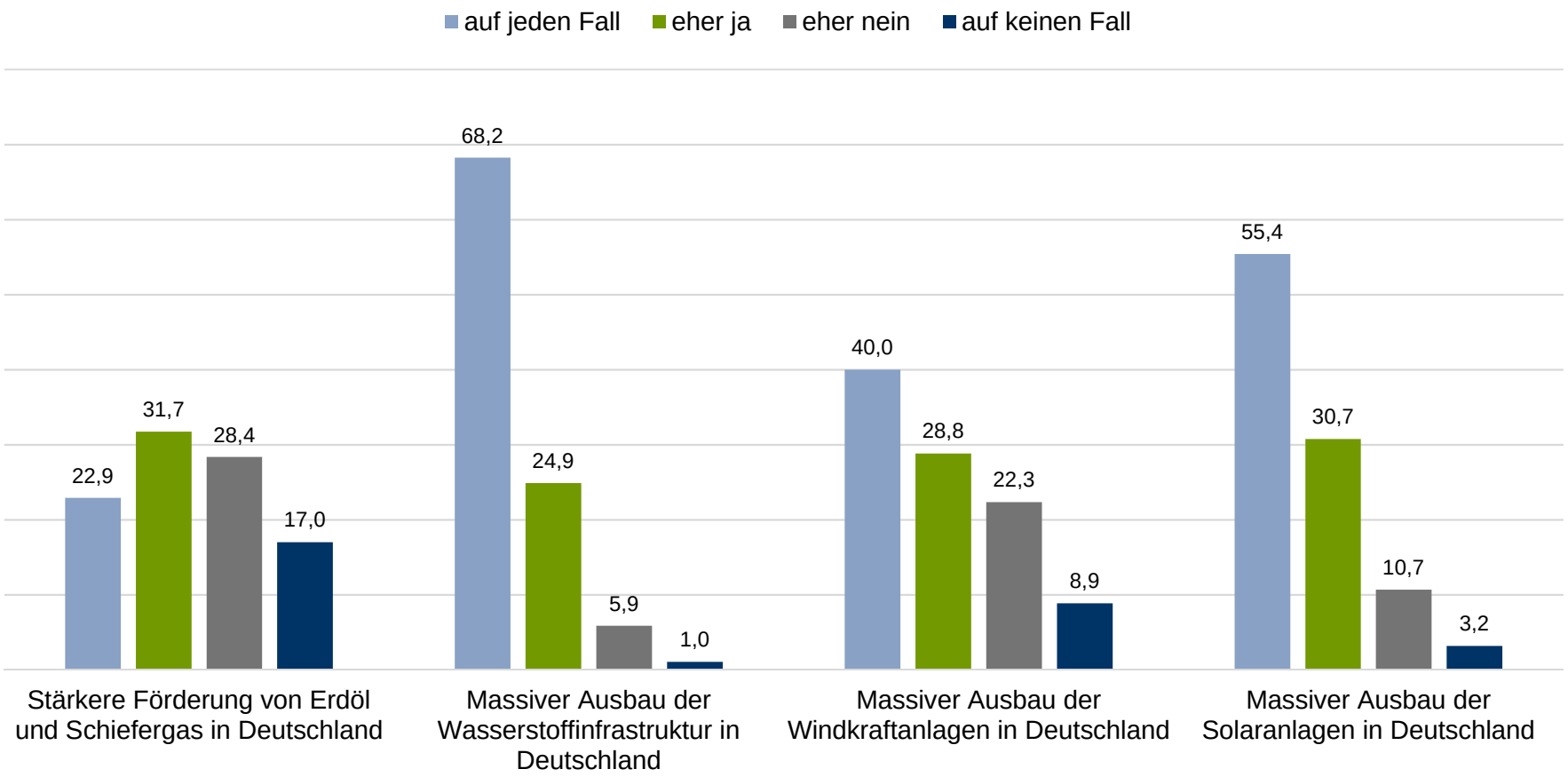
Vor dem Hintergrund der Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland wird in Deutschland derzeit darüber diskutiert, wie die Energieversorgung weiterhin sichergestellt werden kann. Sollten die folgenden Alternativen Ihrer Ansicht nach umgesetzt werden?

(alle Angaben in Prozent)



Vor dem Hintergrund der Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland wird in Deutschland derzeit darüber diskutiert, wie die Energieversorgung weiterhin sichergestellt werden kann. Sollten die folgenden Alternativen Ihrer Ansicht nach umgesetzt werden?

(alle Angaben in Prozent)



Forderungen an die Politik

- Sanktionspolitik gegenüber Russland überdenken
- Entschädigungen sicherstellen und unbillige Härten auffangen
- Diplomatische Bemühungen verstärken
- Wechsel der Energieträger unbürokratisch ermöglichen
- Schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglichen
- Laufzeit der verbliebenen Atom- und Kohlekraftwerke (Braun- und Steinkohle) verlängern
- Anreize zur Eigenstromversorgung stärken